

# Einstieg in den Ausstieg jetzt

Die Evangelische Kirche im Rheinland setzt sich für einen sofortigen Ausstieg aus der Braunkohle ein. Er kann, auch mit Rücksicht auf die Beschäftigten, nur auf der Basis eines sozialverträglichen Strukturwandels geschehen, sagt Präses Manfred Rekowski.



Foto: EKIR/Lichtenscheidt

Manfred Rekowski ist Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland.

 Die Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa GEKE im Internet: [leuenberg.net/de](http://leuenberg.net/de)

## Die rheinische Kirche hat im Vorfeld der Weltklimakonferenz in Katowice den sofortigen Ausstieg aus dem Braunkohleabbau gefordert. Welches sind die Gründe?

Wenn RWE Power als Betreiber des Tagebaus und die nordrhein-westfälische Landesregierung jetzt nicht gemeinsam handeln und nicht umgehend in den Ausstieg einsteigen, wird Deutschland das nationale wie auch das EU-Klimaschutzziel für 2020 weit verfehlen. Die Erde darf nicht um mehr als 1,5 Grad wärmer werden. Das erfordert entschlossenes Handeln einschließlich eines Sofortprogramms und eines sozialverträglichen Strukturwandels, zumal klimabedingte Umweltschäden einen hohen Preis haben werden.

## Was gehört zum Einstieg in den Ausstieg des Kohleabbaus?

Dazu gehört aktuell und unmittelbar, dass RWE Power von der Rodung des Hambacher Forstes Abstand nimmt. Die rheinische Kirche würde ein Moratori-

um als ein deutliches Zeichen für einen politischen Willen zum Ausstieg aus der Braunkohle begrüßen. Sie sieht sich dabei unterstützt durch die Erwartung ihrer Gemeindeglieder im Revier, den notwendigen Strukturwandel zügig umzusetzen. Ich habe das Energieunternehmen bereits im Herbst vergangenen Jahres in einem Brief gebeten, den Wald nicht weiter zu roden.

## Ein sofortiger Ausstieg hat allerdings auch gravierende Folgen für die Beschäftigten im Braunkohlentagebau. Sie sorgen sich um ihre Arbeitsplätze. Was sagt die Kirche ihnen?

Wir teilen ihre Sorgen. Der Ausstieg kann nur auf Basis eines sozialverträglichen Strukturwandels beginnen, alles andere wäre verantwortungslos. Hier besteht eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung, in der Wirtschaft und Politik besonders gefragt sind. Wir sind bereit, uns aktiv an der Entwicklung regionaler Arbeitsmarktkonzeptionen zu beteiligen.